

Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



1968 – ALLES NUR GESCHICHTE?

Heft 3 – September 2008 € 14,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3** 1968 – alles nur Geschichte?
Aktualität und Folgen eines bewegten
Jahres

AKTUELLE ANALYSE

- 10** *Warnfried Dettling*
Korrosionsschäden?
Anmerkungen zur Zukunft der Demokratie

THEMENSCHWERPUNKT

- 16** *Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum*
Das Jahr 1968
Vom Politereignis zum Geschichtsereignis
- 25** *Albrecht von Lucke*
Der Deutungskampf um ‚68‘ im Lichte sei-
ner Jubiläen
- 35** *Karl-Werner Brand*
Die aktive Bürgergesellschaft
Studentenbewegung, neue soziale
Bewegungen – und was davon bleibt
- 45** *Jens Kastner*
1968 und die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus
- 57** *Wolf-Dieter Narr*
68: Protestierender Abglanz der Ordinari-
enuniversität – Konkrete Utopie demokrati-
scher Universität. Bleibende Ambivalen-
zen
- 67** *Barbara Schaeffer-Hegel*
‚Sozialistische Eminenzen‘,
‚Busen-Attacken‘ und ‚Weiberrat‘ –
geschlechterpolitische Impulse von 1968
- 79** *Gottfried Oy*
Selbstorganisation: Ein nicht eingelöstes
Emanzipationsversprechen von 1968?

- 87** *Eckhard Jesse*

Das Jahr 1968 und die Bürgerbewegung in
der DDR

- 96** *Helmut Fehr*

Von 1968 bis 1989: Die Studentenproteste
als Kristallisationspunkt für eine neue
politische Generation in Ostmitteleuropa

- 106** *Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/
Joachim Scharloth*

Anti-Ritual, Medieninszenierung und Trans-
nationalität: Kulturwissenschaftliche Aspek-
te von ‚68‘

- 118** *Sven Reichardt*

Authentizität und Gemeinschaftsbindung
Überlegungen zu Politik und Lebensstil im
linksalternativen Milieu vom Ende der
1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre

SONDERSCHWERPUNKT

- 133** *Andreas Buro*

Der lange Marsch der Friedensbewegung
zur Zivilen Konfliktbearbeitung nach 1945

- 146** *Heidemarie Wieczorek-Zeul*

Partizipation und Globalisierung
Das Engagement von Nichtregierungsorga-
nisationen als unverzichtbarer Motor für die
gerechte Gestaltung der Globalisierung

- 155** *Wolfgang Thierse*

Veränderungsprozesse der
politischen Kultur in Deutschland

- 165** *Thomas Leif*

Pressefreiheit unter Druck
Recherche-Journalismus als
Qualitäts-Anker

- 179** *Jörg Rowedder/Felix Kolb*

Die Bewegungsstiftung –
Anstöße für soziale Bewegungen

- 188** *Christian Lahusen/Ansgar Klein/Heike Walk*
Der Arbeitskreis Soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)
- 189** *Ansgar Klein*
Zivilgesellschaft und Demokratie
Ideengeschichtliche, demokratietheoretische und politisch-soziologische Zugänge
- 239** *Ansgar Klein*
20 Jahre Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen
Eine Zwischenbilanz
- 256** *Forschungsjournal*
Neue Soziale Bewegungen
Die Ausgaben im Überblick
- 261** *Buchpublikationen im Umfeld des Forschungsjournals*
- 264** *Fachtagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Kongresse des Forschungsjournals*
Neue Soziale Bewegungen im Überblick
- PULSSCHLAG**
.....
- 266** *Thomas Seibert*
Solidarität – heute!
Konferenz zum 40. Jahrestag der Gründung von medico international
- 269** *Leonard Novy/Mark T. Fliegauf*
Führung braucht Follower, Strategie nicht
- 274** *Matthias Freise*
Tocqueville schrieb nicht über
Fußballvereine
- 276** *Anne Hampele Ulrich*
Frauen in der Revolte: 1968 in Ost- und Westdeutschland

TREIBGUT
.....

- 282**
- Materialien, Notizen, Hinweise*

LITERATUR
.....

- 288** *Irritationen und Orientierungen*
Neue Literatur zu ‚68‘
(*Albrecht Lüter*, Berlin/*Karin Urlich*, Mannheim)
- 299** *Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(sliteratur)*
(*Jochen Roose*, Berlin)
- 306** *Karikaturen als ‚Beunruhigungsmittel‘, Zeichnen als Staatsbürgerpflicht*
(*Ludger Klein*, Sankt Augustin/*Frankfurt a.M.*)
- 308** *Krasse Töchter*
(*Ariane Seitz*, Mannheim)
- 310** *Alternative Gelder und Tauschringe im internationalen Vergleich*
(*Rolf F. H. Schröder*, Bremen)

312 DATENBANK BEWEGUNGSFORSCHUNG
.....**312 AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE**
.....**316 ABSTRACTS**
.....**332 IMPRESSUM**
.....

Andreas Buro

Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung nach 1945

Soziale Bewegungen, wie die deutsche Friedensbewegung, leben von der aktuellen Motivation der Menschen, die sich zu ihren Forderungen bekennen und ihre Aktionen tragen. Diese Bewegungen leben aber auch durch ihre politische und organisatorische Infrastruktur, die Kontinuität sichert, laufend analysiert, informiert und die Diskussion der aktuellen und langfristigen Probleme der Friedenssicherung ermöglicht. Im Laufe der Zeit verschieben sich Ziele und Strategien wie auch die Methoden der Arbeit. Dies ist nicht allein der Veränderung der äußeren Ereignisse und Bedingungen geschuldet, sondern auch politisch-sozialen Lernprozessen innerhalb der jeweiligen sozialen Bewegung. Soziale Bewegungen machen Erfahrungen und lernen daraus. Ihr meist hohes Niveau an Sachexpertise zeigt eindringlich, dass dies ein wesentlicher Effekt ihrer Arbeit ist.

Die deutsche Friedensbewegung ist ein eindringliches Beispiel für solches Lernen. Sie beginnt nach dem Zweite Weltkrieg vor allem mit Protesten gegen die Wiederaufrüstung und sie diskutiert in der Gegenwart, also nach etwa 60 Jahren, über Strategien und Bedingungen der Konfliktlösung durch zivile Bearbeitung. Ein langer Weg, der im Folgenden dargestellt werden soll.

1 Was heißt Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)?

Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention ist die Alternative zum militärischen Konfliktaustrag. „Gewaltanwendung auszuschließen, obwohl sich soziale Konflikte nicht verhindern lassen und notwendig für gesellschaft-

lichen Wandel sind, ist das übergeordnete Ziel ziviler Konfliktbearbeitung“ (Weller/Kirschner 2005). Die gegenwärtige Tendenz, die Kriegsprävention zu vernachlässigen, aber dann später große Geldbeträge in bereits hoch eskalierte Konflikte und in die Nachsorge von Kriegen zu stecken, ist in jeder Hinsicht höchst kostenreich, wie aktuell der Kosovo-, der Afghanistan- und der Irak-Krieg zeigen.

Konfliktgeladenen Prozessen muss bereits entgegengewirkt werden, ehe sie in eine systematische Gewaltanwendung umschlagen (Prävention). Dies verlangt schon die Charta der UN: „Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl“ (Kap. IV, Art. 33). Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali forderte in seiner ‚Agenda für Frieden‘ Konfliktprävention und institutionelle Stabilisierung in gefährdeten Bereichen. Sein Nachfolger Kofi Annan plädierte für eine ‚Kultur der Prävention‘. Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention zu fordern und zu fördern ist also nicht ein Spleen von Außenseitern, sondern baut auf zentralen Erfahrungen der Menschheit und den dringenden Bedürfnissen der Gegenwart auf.

Sind Konflikte bis zum Ausbruch von Gewalt eskaliert, geht es um Deeskalation (peace making) und Friedenssicherung (peace keeping). Darauf folgen Bemühungen um Friedenskonsolidierung (post conflict peace building). Die Formen und Methoden Ziviler Konfliktbe-

arbeitung und Kriegsprävention sind äußerst vielfältig und müssen den konkreten Konflikten angepasst werden. Häufig liegen die Wurzeln der Konflikte viel tiefer, als ein erster Blick auf die Kontrahenten vermuten lässt. Handelt es sich auf dem Balkan wirklich um ethnische Konflikte? Geht es in Afghanistan vornehmlich um die Bekämpfung von Terrorismus, im Irak um Demokratisierung?

Der Prozesscharakter der zivilen Konfliktbearbeitung wird besonders in der Entwicklung von Gesellschaften erkennbar. Dabei spielt auch das Geschlechterverhältnis und dessen Veränderung eine große Rolle (Calließ 2004). Die Umbrüche der Modernisierung sind oftmals so gewaltig, dass nur eine langfristige Begleitung und sensible Unterstützung von außen den Gesellschaften eine friedliche Bewältigung ermöglicht. Die Hauptverantwortung für den innerstaatlichen Frieden liegt jedoch immer bei den Gesellschaften selbst, wenngleich oftmals entscheidende Einwirkungen von politischen und wirtschaftlichen ‚global players‘, die ihren Sitz meist in den nordwestlichen Metropolen haben, ausgehen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtigen Kriege ganz überwiegend innerstaatliche und nicht zwischenstaatliche Kriege sind (Human Security Center 2005).

Je nach der aktuellen Situation werden sich an Ziviler Konfliktbearbeitung nichtstaatliche, staatliche- und internationale Organisationen beteiligen. „Es gibt nicht das eine Konzept ziviler Konfliktbearbeitung als Allheilmittel für den Umgang mit Interessensgegensätzen und unterschiedlichen Werte- und Überzeugungssystemen. Zivile Konfliktbearbeitung ist voraussetzungsreich und stellt hohe Anforderungen, auch an die Friedensforschung, deren Analysen deutlich mehr als die unmittelbaren Konfliktparteien und deren Streitgegenstand einbeziehen müssen. Ihre Umsetzung erfordert vielfältige politische Abwägungen und Entscheidun-

gen. Aber genau in diesen Herausforderungen steckt ihr großes Potential, nicht nur zur Gewaltreduktion, sondern ebenso zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können...“ (Weller/Kirschner 2005).

2 Zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) ist keine zivile Konfliktbearbeitung

ZMZ ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren. Die zivilen Kräfte geraten dabei in eine Situation, die von vornherein militärisch bestimmt ist. Als letztes Mittel stehen hinter ZMZ stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In ZMZ wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik. Militärgestützte Politik würde sich zudem leichter für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation – natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak – durch ZMZ sicherer beherrschen zu können. Damit würde ZMZ sogar zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

Angesichts der Asymmetrie der ZMZ-Partner ist es freilich äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Prävention und Dialog setzt und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Vielmehr würde sie zu einem Bestandteil des militärischen Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische ‚Friedensmissionen‘ und ‚Friedenskonsolidierung‘ dienen kann und bereits dient.

3 Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in ihren historischen Etappen¹

Mehr als ein halbes Jahrhundert Friedensbewegung in der Bundesrepublik können nicht als eine Einheit beschrieben werden. Zu groß sind die Unterschiede in der politischen Situation, den Zielsetzungen, Organisationsstrukturen und Aktions- und Beteiligungsformen. Es ist deshalb erforderlich, die Friedensbewegung in den verschiedenen historischen Etappen zu beschreiben. Im Folgenden werden acht solcher Etappen unterschieden, und zwar:

- Widerstand gegen die Wiederbewaffnung
- ‚Kampf dem Atomtod‘ in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre
- Ostermarsch-Bewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung
- Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss
- Phase nach dem Ende des Ost-West-Konflikts
- Phase während der Golf- und Balkan-Kriege
- die interventionistische Orientierung der NATO-Staaten und Deutschlands
- imperiale Kriege und Aufrüstung im Zeichen des Kampfes gegen Selbstmord-Terrorismus

3.1 Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung

Nach dem NATO-Beitritt der BRD 1954 endete die ‚Ohne-mich-Bewegung‘ gegen die Wiederaufrüstung (Otto 1981). Sie hatte von 1949 bis 1955 anti-militaristische Argumente vertreten, und reichte vom konservativen über den liberalen und religiösen Teil der Gesellschaft bis zur Linken. Der Bundesinnenminister berichtete 1952 von 175 Organisationen, Arbeitskreisen usw. Die Motivationsstrukturen waren äußerst heterogen und reichten vom gekränkten Nationalstolz, dem Wunsch nach einer neutralistischen Lösung bis zu anti-militaristischen Positionen. Pazifistische Überzeugungen wur-

den allenfalls von einer recht kleinen Minderheit vertreten. Diese Phase verläuft in vier Teilschritten: der ‚Ohne-mich-Bewegung‘, den Volksbefragungsaktionen, den Neutralitätsbestrebungen und der Paulskirchen-Bewegung (ebd.: 52ff.). Die dominierenden Akteure waren politische Parteien und große Organisationen wie der DGB und die evangelische Kirche, unter deren Dach sich Aktionsgruppen organisierten. Das beherrschende Thema war der Protest gegen die Wiederbewaffnung der BRD. Als Alternative zur Aufrüstung wurde von einigen Gruppen eine Neutralisierung der beiden Teile Deutschlands vorgeschlagen, die möglicherweise auch zu ihrer Vereinigung zu einem gesamtdeutschen neutralen Staat führen konnte. Im aufkommenden Kalten Krieg hatten weder der Protest noch dieser Vorschlag eine Chance.

3.2 Die Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘

Der Protest gegen die Atomwaffen wurde in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre von SPD, Gewerkschaften, evangelischer Kirche und einzelnen Persönlichkeiten in der Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘ organisiert (Rupp: 1970). Die Großorganisationen, allen voran die SPD, bestimmten weitgehend politisch, finanziell und organisatorisch die Kampagne. Allerdings gab es auch davon unabhängige Neutralitäts- und Friedensgruppen. 1959 machte die SPD mit ihrem auf dem Parteitag in Bad Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramm einen großen Schwenk in Richtung auf eine sich zur Mitte öffnende Volkspartei, die zu einer großen Koalition bereit war. ‚Kampf dem Atomtod‘ passte nicht mehr in diese neue Strategie und wurde kurzerhand von SPD und DGB organisatorisch und finanziell abgewürgt. Die Kampagne war wiederum vornehmlich eine Protest-Kampagne. Sie konzentrierte sich auf die atomare Bedrohung und erreichte dort eine erhebliche Breite der Auseinandersetzung.

3.3 Die Ostermarsch-Bewegung/ Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Pazifistische Gruppen in Norddeutschland veranstalteten 1960 den ersten Oster-Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne, woraus sich die bundesweite, unabhängige, außerparlamentarische Opposition entwickelte (Buro 1977). Zunächst firmierten sie unter dem Namen ‚Ostermarsch der Atomwaffengegner gegen Atomwaffen in Ost und West‘ und nannten sich in den späten 1960er Jahren, damit einen sozialen Lernprozess anzeigend, ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung‘. Diese Kampagne wurde zu einem breiten Bündnis aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus und politischen Lagern, arbeitete ganzjährig, finanzierte sich selbst und war von keiner Partei und keiner Großorganisation abhängig (Otto 1977). Es entwickelte sich ein dichtes Netz lokaler Gruppen. Dies ist die erste über lange Zeit (1960 bis 1969) auf breiter sozialer Basis arbeitende soziale Bewegung, die sich selbst als außerparlamentarische Opposition bezeichnete. Die Kampagne griff zunächst weitgehend die Forderungen von ‚Kampf dem Atomtod‘ auf, vertiefte sie aus pazifistischer Sicht und veränderte sich im Laufe der Jahre zu einer anti-militaristischen und pazifistischen Bewegung. Diese bezog immer weitere Bereiche der Probleme der Demokratisierung in ihre Arbeit ein. Seit Mitte der 1960er Jahre spielte das Thema Vietnam bei den öffentlichen Kundgebungen eine zunehmende Rolle (Buro 1968). Es wurde von der Studentenbewegung verstärkt aufgegriffen (Horlemann/Gäng 1966) und bis zum Abzug der USA aus Vietnam 1973 intensiv verfolgt (Buro/Grobe 1984). Die Bedeutung des Vietnam-Krieges für die Politisierung der Friedensbewegung kann gar nicht überschätzt werden, wurde doch durch ihn das für Demokratie und Menschenrechte stehende Vorbild der USA zutiefst in Fra-

ge gestellt. Die Außen- und Militärpolitik der USA und darüber hinaus des ‚Westens‘ wurde unter dem Gesichtspunkt imperialistischer Machtausübung kritisiert und die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt (Brandes 1974).

1968 marschierten Ostblock-Staaten in die CSSR ein, was die Zusammenarbeit der heterogenen Teile der Kampagne außerordentlich belastete. Ende der 1960er Jahre war die Kampagne derart politisiert – auch die StudentInnenbewegung hatte dazu beigetragen –, dass sie sich zugunsten vieler Reformprojekte in fast allen gesellschaftlichen Bereichen auflöste. Es war die Zeit der Entspannungspolitik während der Kanzlerschaft von Willy Brandt. Ökologische, soziale, entwicklungspolitische und frauenpolitische Probleme beschäftigten die Menschen damals mehr als die vermeintlich entschärfte Bedrohung durch Atomwaffen und Krieg. Die Friedensbewegung versank so nach Beendigung der US-Vietnam-Intervention in einen Dornröschchen-Schlaf zugunsten anderer gesellschaftlicher Reform-Aktivitäten.

In dieser Phase der Friedensbewegung stand zunächst ebenfalls der Protest gegen Atomwaffen in Ost und West im Vordergrund. Neu hinzu kam die Vertiefung der gesellschaftlichen und internationalen Analyse in Bezug auf die Rüstungs- und Abschreckungspolitik. Neu war aber auch die intensive Beschäftigung mit einem Element möglicher Entspannung, nämlich der Bildung einer von Atomwaffen freien Zone in Mitteleuropa. Die pazifistische Diskussion entwickelt sich an Vorschlägen für eine ‚soziale Verteidigung‘, die auf gewaltfreier Basis beruhen sollte (Ebert 1982).

3.4 Die Kampagne gegen den NATO- Doppelbeschluss

In den 1970er Jahren hatten sich an Reformen orientierte soziale Bewegungen und BürgerInnen-Initiativen gebildet, während das Friedens-

thema angesichts der neuen Ostpolitik und der damit verbundenen Hoffnungen weitgehend in den Hintergrund getreten war. Als jedoch 1979 die NATO ihren Doppelbeschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen mit minimaler Vorwarnzeit fasste, änderte sich diese Situation schnell. Menschen aus den vielfältigen sozialen Bewegungen bildeten Friedensgruppen im ganzen Land und es entstand die größte Friedensmobilisierung, die es bis dahin jemals in Deutschland gegeben hatte. Ziviler Ungehorsam (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1992) und gewaltfreie Aktionsformen gewannen große Verbreitung. Die Blockaden in Mutlangen erreichten das Bewusstsein der Bevölkerung. Es entwickelte sich in dieser Phase ferner eine intensive Diskussion über Alternativen wie Disengagement, Neutralismus-Konzepte, einseitige und vollständige Abrüstung (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1981) und auch über militärische Defensivkonzepte, die zu einem Ende der Abschreckungspolitik und zu einer Abrüstungsdynamik führen sollten (Böge/Wilke 1984).

3.5 Das Ende des Ost-West-Konflikts

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums veränderte die sicherheits- und friedenspolitische Landschaft auch für die Friedensbewegung grundlegend (Buro 1997). Man war nicht mehr bedroht. Damit wurde neben dem Kampf für Abrüstung das zweite große Thema der Friedensbewegung auf die Tagesordnung gesetzt: Der Grundgedanke, dass Frieden in Europa nicht auf Waffen, sondern auf Verständigung über die Formen des Zusammenlebens im ‚Gemeinsamen Haus‘ gegründet sein müsse (Senghaas 1992). Dementsprechend gälte es, Aussöhnungsarbeit zwischen der Bundesrepublik – oder besser deren Gesellschaft – und den osteuropäischen und den ehemals sowjetischen Gesellschaften zu leisten. Die Bedingungen für eine gemeinsame gesamteuropäische, friedliche Zu-

kunft waren zu entwickeln. In der schon 1987 begonnenen Diskussion ging es um die Begriffe und eine entsprechende Politik des ‚positiven Friedens‘ für Europa und einer ‚gesamteuropäischen Friedensordnung‘. Mit dieser Neuorientierung war die weit verbreitete Hoffnung verbunden, es träte nun eine Ära der gleichberechtigten Kooperation zwischen Ost und West ein, in der die erwartete Friedensdividende Frieden stiftend und Entwicklung fördernd eingesetzt werden würde.

3.6 Die Kriege am Golf (1991) und auf dem Balkan

Der Krieg am Golf 1991 ernüchterte alle Hoffnungen auf eine Periode des Friedens (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1991) und richtete den Blick verstärkt auf Konflikte und Kriege in anderen Ländern. Während die Deutschen nicht mehr unmittelbar bedroht waren, ging es nun vorrangig um den Frieden im ehemaligen Jugoslawien (Buro 1997: 119ff.). Die neue Ära nach dem Ost-West-Konflikt stellte auch in Bezug auf die Handlungsformen der Friedensbewegung ganz neue Anforderungen. Konnte angesichts des Golf-Krieges schwergewichtig noch mit Demonstrationen und Großveranstaltungen in Deutschland unter dem provokativen Motto ‚Kein Blut für Öl‘ reagiert werden, so war dies bei den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien nicht mehr möglich. Dort war Grenzen überschreitende Friedensarbeit gefordert, für die kaum Erfahrungen vorlagen. Zudem boten die traditionellen Strukturen der Friedensbewegung sowie ihre finanzielle Ausstattung und ihre organisatorischen Kapazitäten hierfür nur geringe Voraussetzungen.

Trotzdem wurde von der internationalen wie auch der deutschen Friedensbewegung diese neue Herausforderung angenommen. Es wurde eine große und vielfältige Arbeit im Sinne des neu aufkommenden Begriffs der ‚Zivilen Konfliktbearbeitung‘ geleistet (Frey 1997). Da gab es

internationale spektakuläre Aktionen wie die ‚Friedenskarawane‘, die durch die ‚Helsinki-Citizens Assembly‘ organisiert wurde. Sie führte durch alle ehemaligen jugoslawischen Länder und sprach Regierungen, Parlamente, Kirchen, Gewerkschaften und gesellschaftliche Gruppierungen an, um für einen friedlichen Konflikt-austrag zu werben. Es gab aber auch die Kurse in Mediation, die Betreuung in Flüchtlingslagern, die humanitäre und politische Hilfe oder die Aktion ‚Den Winter – später hieß es den Krieg – überleben‘. Diese Arbeit wurde durch die Medien jedoch kaum wahrgenommen, da diese noch immer auf die alten Demonstrationsformen fixiert waren. In diesen Aktionen war zivile Konfliktbearbeitung nicht in eine gemeinsame Strategie eingebunden, sondern wurde je nach Vermögen punktuell geleistet. Solche Formen werden – angepasst an die gegenwärtigen Bedürfnisse – bis heute fortgeführt, sei es als Ziviler Friedensdienst, sei es in Aktionen wie den ‚Ferien vom Krieg‘, durch welche Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Ferien zusammen gebracht werden, um gegenseitig Feindbilder abzubauen.

3.7 Die interventionistische Orientierung der NATO-Staaten und Deutschlands

Die Wurzeln dieser Entwicklung reichen weit bis zum 1991er-Golf-Krieg und bis zur NATO-Osterweiterung zurück. Die USA stützten ihre Außenpolitik weitgehend auf ihre militärischen Potentiale. Rüstungskontrollpolitik wurde von ihnen zunehmend als lästige Beschränkung gewertet, die nicht nur durch die Aufkündigung des Anti-Ballistic-Missile-Vertrags beschädigt wurde. Die Militärorganisation NATO übernahm die Funktion einer interventionistischen ‚Ordnungsmacht‘ und die europäischen NATO-Staaten – mit ihnen Deutschland – ordneten sich diesem Modell kooperativ/kompetitiv zu. Diese Etappe ist für Deutschland durch die Beteili-

gung am NATO-Jugoslawien-Krieg 1999 gekennzeichnet, der ohne UN-Mandat geführt wurde.

Die EU versuchte zunehmend, ein eigenständiges militärisches Interventionspotential aufzubauen und dazu auch die europäische Rüstungsindustrie zu konzentrieren. Um dies zu rechtfertigen und die Bevölkerung für diese Politik zu gewinnen, diente die Legitimationsideologie von der ‚humanitären, militärischen Intervention‘. Die Friedensbewegung begriff diese zu Recht als ein gefährliches Instrument im Kampf um Hirne und Herzen der Bevölkerung. Sie arbeitete mindestens in drei Bereichen: der Kritik der militärgestützten Politik, der Entfaltung einer Alternative der zivilen Konfliktbearbeitung in Bezug auf den Kosovo und der Kritik der Legitimationsideologien.

3.8 Imperiale Kriege und Aufrüstung im Zeichen des ‚Kampfes gegen den weltweiten Terrorismus‘

Die letzte zu nennende Etappe ist 2008 noch nicht abgeschlossen. Sie begann im öffentlichen Bewusstsein mit dem Angriff von Selbstmord-attentätern in gekaperten Zivilflugzeugen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001. Die USA erfuhren aus vielen Ländern Bekundungen großer Solidarität. Sie begannen einen Krieg gegen Afghanistan, um die dortigen Ausbildungslager und Strukturen für diesen Selbstmord-Terrorismus zu vernichten. An diesem Krieg und den folgenden Bemühungen, die dort herrschenden Taliban zu entmachten und eine staatliche und gesellschaftliche Konsolidierung zu erreichen, beteiligten sich auch viele europäische Staaten, wengleich die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats keine explizite Ermächtigung zum Angriff auf Afghanistan erteilten (Paech 2001). Die Bundesrepublik ist mit dem Einsatz von Militär und politischer wie wirtschaftlicher Unterstützung beteiligt.

Die Bush-Administration der USA erklärte den weltweiten ‚Kampf gegen das Böse‘. Sie nahm für sich als einzige Militärsupermacht das Recht in Anspruch, überall auf der Welt auch vorbeugend Krieg zu führen und sogar Atomwaffen gegen Staaten einzusetzen, die keine solchen Waffen besitzen. Internationales Recht und die Charta der Vereinten Nationen wurden dadurch schwer beschädigt. Für die riesige USAufrüstung wurden hemmende Rüstungskontrollverträge aufgegeben und strategische Militärstützpunkte in den wichtigsten Teilen der Welt gebaut.

Der Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak 2003 erfolgte ohne UN-Mandat und gegen den Willen vieler Staaten der EU und der anderer Kontinente. Er konnte nicht mehr als Kampf gegen Selbstmord-Terrorismus legitimiert werden. Die rot-grüne Regierung verweigerte jegliche direkte militärische Beteiligung. Der erfolgreichen Kriegsführung in Afghanistan und Irak folgten enorme Schwierigkeiten in der Friedenssicherung. Die Kriegswarnungen der Friedensbewegung zeigten ihre volle Berechtigung. Viele Argumente der USA für den Irak-Krieg erwiesen sich als Fälschungen oder Lügen. Der immer wieder eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt belastete zudem die Situation in der Region schwer. Die unilaterale Vorgehensweise und die hohe militärische Überlegenheit der USA verstärkten in der EU die Tendenz zur gemeinschaftlichen Aufrüstung. Die 2004 vom Rat der EU gebilligte, aber dann nicht ratifizierte Verfassung sah sogar eine Verpflichtung zur Aufrüstung vor, die sich eindeutig auf militärische Interventionen richtete. Die Vereinheitlichung der europäischen Rüstungsindustrie ist ein weiteres Ziel (Komitee für Grundrechte und Demokratie 2004).

Die Friedensbewegung wendete sich in dieser Etappe gegen den Afghanistan-Feldzug, konnte dafür jedoch keine Massenmobilisierung erreichen. Dies gelang erst 2003 bei dem Angriffskrieg der USA und Großbritanniens gegen

den Irak. Die langen Verhandlungen im Sicherheitsrat der UN, die lügenhaften Begründungen für einen Angriffskrieg und vor allem die Weigerung der Bundesregierung, Frankreichs und anderer EU-Staaten, sich militärisch an der Intervention zu beteiligen, erzeugten eine große Protestmotivation in der Bevölkerung. Dazu kam die große internationale Mobilisierung des Protestes in vielen Teilen der Welt. Die New York Times sprach von der gegen den Krieg mobilisierten öffentlichen Meinung als ‚zweiter großer Weltmacht‘. Jenseits der Irak-Problematik konzentrierte sich die Friedensbewegung auf die Kritik der EU-Aufrüstung und der EU-Verfassung sowie auf die Alternativen der zivile Konfliktbearbeitung und der Kriegsprävention (Weller/Kirschner 2005). Daneben wurden viele einzelne Themen bearbeitet und Kampagnen vorangetrieben. Es entwickelte sich eine zunehmend dichtere Zusammenarbeit mit globalisierungskritischen Gruppen.

4 Fazit

Die Übersicht über die Phasen der westdeutschen Friedensbewegung zeigen, dass diese sich zu fast allen Zeiten bemüht hat, Alternativen aufzuzeigen, um aus dem West-Ost-Konflikt und dessen Bedrohlichkeiten herauszukommen. Neutralitätskonzepte sollten die feindlichen Blöcke auseinander halten und die Teilung Deutschlands überwinden. Atomwaffenfreie Zonen sollten zumindest erreichen, die Gefahren durch Kurz- und Mittelstreckenraketen zu überwinden. Neben Vorschlägen zur Abrüstung wurde bei der Vorstellung von Defensivkonzepten auf eine erhebliche Reduzierung von militärischer Bedrohung gesetzt, wodurch eine Abrüstungsdynamik ermöglicht worden wäre. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende des West-Ost-Konflikts hat die Friedensbewegung sich zunehmend mit Methoden des gewaltfreien Konflikts auseinander gesetzt, was zu einer Ausbreitung pazifistischer Vorstel-

lung in dieser sozialen Bewegung wesentlich beigetragen hat.

Besonders seit den Balkan-Kriegen ab 1991 wurde die Friedensbewegung jedoch zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie sie denn ohne militärische Mittel diesen Konflikt bewältigen wolle. Das war nicht nur eine theoretische Frage, sondern zunächst auch eine höchst praktische. Grenzüberschreitende Friedensarbeit war bislang kaum ein Thema gewesen. Zwar hatten sich schon früher Einzelne und einzelne Gruppen in Algerien, Südafrika, Chile und unterstützend bei antikolonialen Befreiungskämpfen engagiert, doch ging es dabei eher um Solidaritätsaktionen als um zivile Konfliktbearbeitung.

Wie oben angedeutet, antwortete die Friedensbewegung und ihre Organisationen meist mit punktuellen Aktionen, um die demokratischen und friedensorientierten Gruppen im ehemaligen Jugoslawien zu unterstützen. Dazu kam

humanitäre und medizinische Hilfe in erheblichem Umfang. Es gab ferner eine umfangreiche Kritik der westlichen und speziell auch der deutschen Politik in Bezug auf diese Konflikte. Eine zivile Gesamtkonzeption wurde aber nicht ausgearbeitet und vertreten. Nur in Bezug auf den Kosovo, dessen Bevölkerung sich seit Ende der 1980er Jahre gewaltfrei gegen die serbische Repression wehrte, gab es frühzeitige Mahnungen. Sie wurden 1999 während der Verhandlungen von Rambouillet und Paris zu Vorschlägen ziviler Konfliktberatung verdichtet, aber niemals in der praktischen Politik in Betracht gezogen. Ähnlich ist es auch Vorschlägen aus den politischen Beratungsinstituten der Bundesregierung ergangen.

Heute sind Nichtregierungsorganisationen in großer Zahl in Projekten ziviler Konfliktbearbeitung engagiert (Adressen zum Beispiel Fiebich 2001; Gugel/ Jäger 1999). Beispiele – auch



individueller Initiativen – aus Israel/Palästina, Nordirland, Mazedonien, Kolumbien, Sri Lanka, USA, Japan, Mali, Südafrika, Philippinen und Brasilien – bietet das Buch von Petra Gerster und Michael Gleich (2005). Hier können nur wenige Beispiele deutschen Engagements genannt werden, ohne auf die vielen, vielen Projekte von NGOs aus anderen Ländern einzugehen:

- Das Komitee für Grundrechte und Demokratie (2005) veranstaltet seit etwa zehn Jahren ‚Ferien vom Krieg‘ für serbische, kroatische, bosnische und kosovo-albanische Kinder, jüngst auch für palästinensische und israelische Jugendliche mit dem Ziel, Feindbilder aufzulösen.
- Das ‚Forum Ziviler Friedensdienst‘ betreibt die Ausbildung von Friedensfachkräften und setzt diese in zahlreichen Projekten zusammen mit Pax Christi, Ohne Rüstung leben, dem Bund für Soziale Verteidigung und dem Förderverein Willy-Brandt-Zentrum in Südosteuropa und Nahost ein (Forum ZFD 2005).
- Auch im Bereich der deutschen Entwicklungspolitik spielt zivile Konfliktbearbeitung etwa durch GTZ, DED und andere Organisationen eine zunehmende Rolle. Günther Gugel und Uli Jäger (1999) beschreiben zum Beispiel das erfolgreiche Langzeit-Projekt der ‚Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit‘ in Mali ‚Frieden für die Wüstenkrieger‘.
- Das Berghof Zentrum Sri Lanka betreibt mit Unterstützung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Schweizer Außenministerium neben vielen anderen NGOs, seit 2001 ein Projekt zur Unterstützung des Friedensprozesses in Sri Lanka mit vier Hauptbestandteilen, welche die Komplexität solcher Vorhaben verdeutlichen: 1. Das individuelle und institutionelle ‚Capacity Building‘, das heißt die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die Gestaltung von Friedensprozessen; 2. die

Entwicklung von Modellen und Perspektiven zur Stärkung des Friedensprozesses sowie zu Staatsreform, Machtteilung und Föderalismus; 3. die Bildung einer ‚kritischen Masse‘ von ‚Akteuren des friedlichen Wandels‘ und 4. die Organisation von Problemlösungsprozessen und Dialogen.

- Schließlich ist noch auf die vielen Netzwerke, Projekte der Kirchen, Institute für Friedensforschung und spezialisierten Kampagnen, die sich für friedliche Lösungen einsetzen, hinzuweisen. Dabei sind auch die Institutionen der UN nicht zu vergessen (Gugel/Jäger 1999; Frey 2005). Ein Zusammenschluss zahlreicher deutscher Organisationen ist die ‚Plattform Zivile Konfliktbearbeitung‘, die wiederum in Kooperation auch mit vielen internationalen Organisationen steht (Fiebich 2001). Für diese stellvertretend sei hier nur die ‚peace brigades international‘ genannt (www.pbi-deutschland.de und www.peacebrigades.org)
- Auf Initiative von Johan Galtung (1998), dem norwegischen und internationalen Friedensforscher der ersten Stunde, wurde ‚Transcend. A Peace and Development Network for Conflict Transformation by Peaceful Means‘ gegründet, das Friedensforscher aus vielen Ländern der Erde zusammenbringt und ihre Arbeitsergebnisse öffentlich macht. Die von Galtung entwickelte Transformations-Theorie spielt auch in der deutschen Friedensbewegung eine große Rolle in der Diskussion und Entwicklung von Konzepten der Zivilen Konfliktbearbeitung für konkrete Fälle (www.transcend.org).

5 Die EU: ZKB nach innen und MKB nach außen

Dem Bemühen um ZKB wird vorgehalten, dies wäre zwischen Staaten nicht möglich. Das internationale Umgehen der Staaten untereinander sei letztlich auf Gewaltverhältnissen aufge-

baut. Darum sei eine militärgestützte Politik unumgänglich. Diese Aussage findet ihren Ausdruck in dem Diktum vom Militär als letzten Mittel der Politik. Die EU zeigt nun jedoch, dass es möglich geworden ist, über lange Zeit in Kriegen verfeindete Staaten in einen Verbund zu überführen, indem sie ihre Konflikte nicht mehr militärisch und auch nicht mit Militäreinsatz drohend lösen. Die EU-Staaten betreiben zur Lösung ihrer Konflikte ausschließlich ZKB. Das wird oft als schwierig und zu langsam empfunden, ist jedoch ein großer Fortschritt gegenüber dem bisherigen militärischen Konfliktaustrag.

Allerdings ist die EU bisher keineswegs bereit, das Prinzip ihrer zivilen Konfliktlösung auf die Außenwelt zu übertragen. Im Gegenteil betreibt sie seit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine systematische Um- und Aufrüstung für eine internationale Interventionspolitik. Ihr und ihren Gesellschaften bleibt also die Aufgabe, auch internationale Politik den Prinzipien der ZKB zu unterwerfen. Anstöße dazu gehen bereits seit längerer Zeit von den jeweiligen Friedensbewegungen aus.

6 Das Monitoring-Projekt (MP)

Die ‚Kooperation für den Frieden‘ (2006), eine Dachorganisation von etwa 50 deutschen Friedensorganisationen, beschloss bei ihrer Strategiekonferenz im Januar 2005, ein ‚Monitoring-Projekt für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention‘ (MP) ins Leben zu rufen. Beim MP geht es um Alternativen zum militärischen/gewaltsamen Konfliktaustrag im innen- wie im außenpolitischen Bereich.

Niemand darf erwarten, dass Weltabrüstung schnell zu erreichen ist. Dazu sind die mit Rüstung und Militär verbundenen Interessen, die sie stützenden Gruppen und das traditionelle Denken in Gewalt und Gegengewalt zu stark. Trotzdem ist sehr wohl vorstellbar, dass:

- der tatsächliche gewaltsame militärische Konfliktaustrag zurückgedrängt wird;

- ihm durch internationales Recht und internationale Gerichtsbarkeit Handlungsfelder entzogen werden;
- die Potentiale in den Staaten und Gesellschaften, die sich um zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention bemühen, daraufhin ausgebaut werden und dadurch auch in der öffentlichen Wahrnehmung an Gewicht gewinnen;
- dass frühzeitig kritische Informationen zu drohenden Konflikten vermittelt werden, eine öffentliche Debatte entzündet wird und eine energische Lobby- und Medienarbeit verbunden mit Vorschlägen zur Prävention betrieben wird. Dabei ist es eine wesentliche Aufgabe für zivilgesellschaftliche Gruppen, als ‚Gänse auf dem Kapitol‘ zu agieren und eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen;
- in den Gesellschaften eine Kultur des friedlichen Konfliktaustrages entwickelt wird, die sich auf die herrschende Politik auswirkt;
- erfolgreiche Prävention und zivile Konfliktbearbeitung ihre große Überlegenheit für Menschen und Wirtschaft in konkreten Fällen allgemein sichtbar machen;
- und nicht nur Bürger und Bürgerinnen der Zivilgesellschaft sich hierfür engagieren, sondern auch in den nationalstaatlichen wie auch in den internationalen Organisationen MitarbeiterInnen sich zunehmend in diesem Sinne einsetzen, um ihre je spezifischen Aufgaben besser erfüllen zu können.

Es soll also ein Prozess gefördert werden, der in der Praxis zu verstärkter Kriegsprävention und ziviler Konfliktbearbeitung führt, der immer mehr Mittel und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und von daher eine Eigendynamik erhält. Das MP soll in Dossiers zivile Alternativen anschaulich vorführen. Diese Initiative bezieht sich auf gegenwärtige Konflikte, auf die deutsche und EU-Politik einwirken könnten. Das MP soll die Arbeit der Friedensbewegung noch stärker auf das Feld der

alternativen Strategie orientieren. Freilich wird Protest deshalb nicht überflüssig. Ein wichtiges Strategieziel ist es, im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, dass ZKB möglich ist. Bisher sind drei Dossiers erschienen, und zwar zum Iran-Atom-Konflikt (Buro 2006b), zur türkisch-kurdischen Auseinandersetzung (Buro 2007) und zum israelisch-palästinensischen Konflikt (Buro/Ronnefeldt 2007). Ein Dossier zum Krieg in Afghanistan ist in Bearbeitung. In allen wird der historische Hintergrund des Konflikts skizziert und es werden Forderungen an die beteiligten Akteure und Vorschläge für das Verhalten der Friedensbewegung genannt.

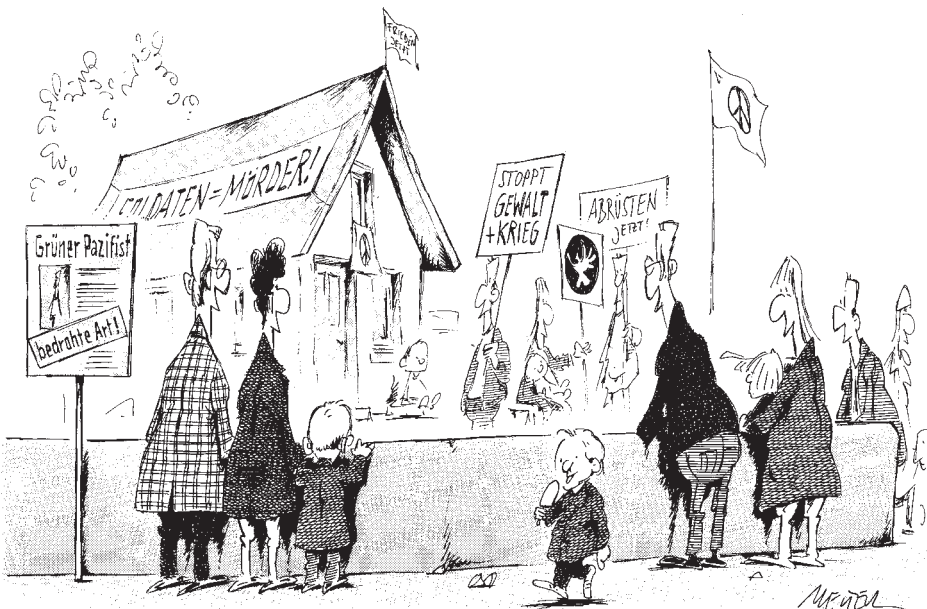
7 Perspektiven

Angesichts der bereits laufenden und der zu erwartenden Kriege um Rohstoffe und militärstrategische Dominanz wird das Thema Zivile

Konfliktbearbeitung die Friedensbewegung noch lange beschäftigen, und zwar in konzeptioneller wie auch in praktischer Hinsicht. Bei immer stärkeren sozialen Verwerfungen wird auch die innenpolitische Arbeit dieser Art noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Für die Reichweite und einen möglichen Erfolg in ziviler Konfliktbearbeitung ist im konkreten Fall von Bedeutung

- ob die eigene Regierung beziehungsweise die EU in den Konflikt direkt oder indirekt einbezogen ist. In Afghanistan kämpfen deutsche Soldaten, während dies im Irak-Krieg nicht der Fall ist. Dementsprechend wird sich auch die Öffentlichkeit für den Afghanistan-Krieg mehr interessieren;
- ob die eigene Regierung weitreichende Interessen mit dem Konflikt und der Art seiner Konfliktbearbeitung verbindet oder ob sie eine mehr neutrale Haltung zu ihm einnehmen kann. Ein starkes Interesse an zivilen Formen der



Konfliktbearbeitung würde es erlauben, glaubhafte Vermittlerdienste anzubieten.

- ob sich im eigenen Land sinnvolle Aktionsmöglichkeiten anbieten und für den relevanten Teil der Zivilgesellschaft eine Motivation besteht sich zu beteiligen;
- ob Friedens- und Entwicklungsdienste im Konfliktgebiet geleistet werden können;
- ob die Medien bereit sein werden, sich ernsthaft mit ZKB zu befassen. Der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sagte nach der erfolgreichen Arbeit der Organisation in Lettland und Estland sinngemäß: Weil wir so erfolgreich waren, gab es keine gewaltsamen Konflikte. Allerdings haben uns deshalb die Medien nicht wahrgenommen, so dass die Öffentlichkeit kaum etwas von der erfolgreichen zivilen Konfliktbearbeitung erfahren hat. Dies ist in der Tat ein ernsthaftes Problem. Deshalb gehört zur Durchsetzung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention stets eine öffentliche Debatte und energische Medienarbeit. Erforderlich ist, dass JournalistInnen sich darauf einstellen, die komplizierten und oft langwierigen Wege dieser zivilen Prozesse zu verfolgen, um die darin enthaltene Dramatik in ihren Berichten ausdrücken zu können².

Letztlich wird jedoch entscheidend sein, ob Gesellschaften und Regierungen angesichts des riesigen Ausmaßes der Weltprobleme begreifen, dass Konflikte kooperativ gelöst werden müssen, während militärischer Konfliktaustrag nur Ressourcen, Kooperation und Solidarität der Gesellschaften zerstören. Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung ist also noch lange nicht an seinem Ziel angekommen.

Prof. Dr. Andreas Buro ist Beiratsmitglied im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Kontakt: andreas.buro@gmx.de.

Anmerkungen

¹Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meinen Aufsatz ‚Die deutsche Friedensbewegung nach 1945. Zwischen Expertenarbeit, gesellschaftlichen Lernprozessen, Mobilisierung und drohender Marginalisierung‘ (in: Sahn/Sapper/Weichsel (Hg.) 2002: 131-160)

²Vgl. die Arbeit von Journalisten im Netzwerk ‚Peace counts‘: www.peace-counts.org

Literatur

Böge, Volker/Wilke, Peter 1984: Sicherheitspolitische Alternativen. Baden-Baden: Nomos.

Brandes, Volkhard (Hg.) 1974: Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik. Handbuch 1-4, Perspektiven des Kapitalismus/Unterentwicklung/Inflation – Akkumulation – Krise. Frankfurt: EVA.

Buro, Andreas 1968: Bausteine für Reden & Diskussionen über den Krieg in Vietnam. Offenbach: Eigenverlag von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.

Buro, Andreas 1977: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen. In: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 4, Schwerpunkt: Friedensbewegung. Frankfurt/Main: edition suhrkamp, 871ff.

Buro, Andreas 1997: Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung. Von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung. Idstein: KOMZI.

Buro, Andreas 2004: CIMIC – ein brisanter Cocktail, Friedens Forum 4/2004, 20ff.

Buro, Andreas 2006a: Das Monitoring-Projekt. Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas 2006b: Dossier I. Der Iran-Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas 2007: Dossier II. Der türkisch-kurdische Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas/Grobe, Karl 1984: Vietnam! Vietnam? Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Buro, Andreas/Ronnefeldt, Clemens 2007: Dossier III. Der Israel-Palästina-Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Calließ, Jörg (Hg.) 2004: Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten. Loccumer Protokolle 27/03, Loccum.

Ebert, Theodor 1982: Soziale Verteidigung. 2 Bde. Waldkirch: Waldkircher Verlag.

Ebert, Theodor 2001: Pazifismus. 2 Bde. Münster: Agenda.

Evers, Tilman (Hg.) 2000: Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen: Leske+Budrich.

Fiebich, Carina 2001: Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ein Wegweiser. Bonn: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Forum Ziviler Friedensdienst 2005: Jahrbuch 2004/2005. Bonn: Forum ZFD.

Frey, Ulrich 2005: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe für Friedensarbeit. Düsseldorf: Ev. Kirche im Rheinland.

Frey, Ulrich 1997: Friedensbericht 1996: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. 1. Jahrbuch für Konfliktlösung. Chur/Zürich: Rüegger.

Galtung, Johan 1998: Die andere Globalisierung. Münster: Agenda.

Gerster, Petra/Gleich, Michael (Hg.) 2005: Die Friedensmacher. München/Wien: Hanser.

Gugel, Günther/Jäger, Uli 1999: Global handeln für Frieden und Entwicklung. Tübingen: Friedenspädagogik.

Horlemann Jürgen/Gäng, Peter 1966: Vietnam. Genesis eines Konflikts. Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Human Security Centre at the University of British Columbia 2005: Human Security Report, Oxford University Press. www.humansecurityreport.info

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1981: Frieden mit anderen Waffen. Reinbek: rororo.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1991: Hatte die Friedensbewegung nicht doch Recht? Hintergründe, Fakten und Zusammenhänge zum Golfkrieg. Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1992: Ziviler Ungehorsam, Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 2004: EU-Militarisierung zerstört die „Zivilmacht Europa“. Köln/Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 2005: Ferien vom Krieg – Warum denn Unterschiede machen? Köln: Komitee-Eigenverlag.

Otto, Karl A. 1977: Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt/Main/New York: Campus.

Otto, Karl A. 1981: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. In: Reiner Steinweg (Red.): Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (Friedensanalysen 14). Frankfurt/M.: edition suhrkamp, 52-105.

Paech, Norman 2001: ‚Die Auffassung der Bundesregierung ist falsch‘. In: Blätter für Deutsche und internationale Politik 12/2001, 1516 ff.

Rupp, Hans Karl 1970: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren. Köln: Pahl-Rugenstein.

Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hg.) 2002: Die Zukunft des Friedens. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Senghaas, Dieter 1992: Friedensprojekt Europa. Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Weller, Christoph/Kirschner, Andrea 2005: Zivile Konfliktbearbeitung – Allheilmittel oder Leerformel? Möglichkeiten und Grenzen eines viel versprechenden Konzepts. In: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005.